

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 18, 7. September 2000

A 13861

rechts

Einblicke

Raubkunst

Von Heiner Lichtenstein

Kaum jemand ist von sich aus daran gegangen, die eigene Rolle während der NS-Zeit aufzuarbeiten. Immer musste erst Druck kommen, ehe sich etwas bewegte. Jüngstes Beispiel ist die katholische Kirche als „Arbeitgeberin“ von Zwangsarbeitern.

Noch niemand hat jene Einrichtungen aufgefordert, in den eigenen Archiven nachzuschauen, wo vermutlich die wertvollsten Gegenstände aufbewahrt oder versteckt worden sind: die Museen. Dabei ist das ziemlich leicht, falls die Bestände nicht während des Krieges verbrannt oder nach der Befreiung gefilzt worden sind, um Spuren zu verwischen. Die Stadt Köln hat soeben den Versuch gestartet, hier endlich Klarheit zu schaffen. Der Kulturausschuss hat das berühmte Wallraf-Richartz-Museum beauftragt, mit diesen Recherchen zu beginnen. Die anderen städtischen Museen sollen folgen. Es gibt nämlich zahlreiche Hinweise darauf, dass nicht nur Beute aus den unterjochten Staaten in deutschen Museen gelandet ist. Viel schlimmer: nach der Befreiung ist vielerorts versucht worden, diese Raubkunst so lange zu verstecken, bis niemand nach ihr fragte und man sich wieder öffentlich mit ihr brüsten konnte und kann.

Köln will die Kunstwerke ungeklärter Herkunft und Besitzverhältnisse aus der Zeit zwischen 1933 und 1945 mit Fotos und zusätzlichen Angaben ins Internet stellen, um mögliche Eigentümer oder Erben zu finden. Die Suche in den Archiven dürfte nicht sonderlich schwierig sein. Es gibt genaue Angaben darüber, wann die Beauftragten der Nazispitzen in Polen, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden, den skandinavischen Staaten, auf dem Balkan, der UdSSR und schließlich Italien unterwegs waren, um Sammlungen zu plündern. Große Teile dieser „Beutekunst“ wurde deutschen Museen geschenkt. Viel Raubgut stammte aus jüdischem Besitz in den jeweiligen Städten. Wenn alles gut geht, macht das Kölner Beispiel Schule. Wenn nicht, wird es Druck geben, weil die Rückgabe längst überfällig ist.

„Kampf um die Köpfe“

Die NPD will ihre Anhängerschaft intellektuell voranbringen. Eine wichtige Rolle spielt dabei das Parteiorgan „Deutsche Stimme“.

Seite 2 ■

„Club 88“ vor dem Aus

Dem beliebten Neonazi-Treffpunkt in Neumünster droht die Schließung.

Seite 4 ■

Braune Wege im Netz

Rechtsextreme Internetseiten sind zunehmend bei ausländischen Anbietern gespeichert oder über Weiterleitungsadressen zu finden.

Seite 6 ■

Lernort der Geschichte

Im Haus der Wannsee-Konferenz in Berlin finden sich beklemmende Dokumente über die Planung und Realisierung des Holocaust.

Seite 10 ■

Transatlantischer Bund

Deutscher Neonazi ist bei Gesinnungskameraden in den USA untergetaucht.

Seite 12 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Kampf um die Köpfe**

Innerhalb der NPD gibt es Ansätze zur Intellektualisierung. Scheinbar unabhängige Vorfeldorganisationen sollen über die Partei hinaus wirksam werden.

Man traut der NPD wohl zu viel Einfluss zu, wenn man sie zur Alleinverantwortlichen für Tendenzen zu „befreiten Zonen“ erklärt. Bislang jedenfalls ist sie bei der Umsetzung ihres „Drei-Säulen-Konzeptes“ noch nicht einmal in der Lage, den „Kampf um die Straße“ als einen Teilbereich eigenständig zu organisieren. Denn „Kampf um die Straße“ bedeutet nicht zuletzt, dem Gegner in einem bestimmten Gebiet die Vorherrschaft auf der Straße zu nehmen. Noch schwieriger gestaltet sich allerdings der „Kampf um die „Köpfe“, die zweite Säule des strategischen Konzeptes. Hier ist man weit davon entfernt, Definitionsmacht zu erlangen oder gar eine kulturelle Hegemonie jenseits subkultureller Bereiche flächendeckend zu etablieren. Vielmehr muss sich der Kampf zunächst auf die eigenen Köpfe konzentrieren, denn vielen Anhängern ist bereits die Parteizeitung intellektuell zu anspruchsvoll. Was nicht der Intellektualität der Parteizeitung anzulasten ist.

Allerdings sind in den letzten Jahren Tendenzen auszumachen, die darauf abzielen, die damals vor gut zehn Jahren bei den Republikanern missglückte „Intellektualisierung“ in der NPD tatsächlich umzusetzen. Hatte man sich in früheren Jahren auf einige Seminare für den spärlichen Nachwuchs in einer Ferienwohnung im norditalienischen Iseo beschränkt, so wird heute mehrgleisig gefahren. Wie beim „Kampf um die Straße“ handelt es sich bei dem um die Köpfe keineswegs um eine reine Erfolgsgeschichte. Unverkennbare Fortschritte werden immer wieder relativiert durch Rückschläge. So ist der Umstand, dass der Schulungsverantwortliche Steffen Hupka, ein ehemaliger Kader der Nationalistischen Front (NF) zu den wenigen Ausnahmen gehörte, die beim NPD-Parteitag nicht wieder gewählt wurden, sicher nicht auf eine erfolgreiche Arbeit zurückzuführen. Viel mehr als eine Vortrags-tournee mit dem Österreicher Andreas Thierry, auch der NF entstammend, kann nicht als Resultat seiner Bemühungen benannt werden. Kritisiert wurde von Teilen der Partei nicht zuletzt die deutliche NS-Orientierung dieser Schulungsarbeit.

Eine wesentliche Rolle bei den Qualifizierungsbemühungen spielt inzwischen das Parteiorgan „Deutsche Stimme“, dessen Themenvielfalt gewachsen ist und das inzwischen auch Raum für theoretische Beiträge bietet, die nicht unbedingt mit der herkömmlichen NPD-Ideologie kompatibel sind. Ein Beispiel dafür sind einige Nachdrucke von Artikeln des italienischen Philosophen Julius Evola. Doch auch ein doppelseitiger Beitrag des Funktionärs Stefan Lux zum Ökologieverständnis der NPD unterstreicht, dass man sich bemüht, vom Image der reinen Ein-Punkt-Partei wegzukommen. Diese Ausrichtung der „Deutschen Stimme“ hat sich deutlich verstärkt, seitdem der Burschenschafter und ehemalige REP-Funktionär Jürgen Schwab mitarbeitet. Doch auch hier bleiben die Rückschläge nicht aus. In diesem Fall besteht er im Ausscheiden des Österreichers Christian Rogler, der Schwabs Intentionen gestützt hatte und sich inzwischen von der NPD distanziert. Gleichwohl gilt es festzustellen, dass nicht zuletzt durch den erfolgten Vertrieb auch am Kiosk die „Deutsche Stimme“ inzwischen der wichtigste Ideologieträger der NPD mit Außenwirkung ist.

Da die innerparteiliche Schulung bisher deutlich einer der Schwachpunkte der Parteientwicklung ist, wurde mehr oder weniger erfolgreich nach anderen Ansätzen gesucht. Einer der Wege besteht in der Wiederbelebung des zeitweise nur noch auf dem Papier existenten Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB). Seit rund zwei Jahren finden in diesem Zusammenhang wieder einzelne Veranstaltungen und Seminare statt, wobei auffällig ist, dass die meisten der bekannten Aktivisten des NHB zugleich in Burschenschaften oder nahe stehenden Gruppierungen wie der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) aktiv sind. Zu solcher Arbeit im befreundeten Vorfeld waren die wenigen Studierenden aus den Reihen der NPD in früheren Jahren nur selten in der Lage. Besonders herausgehoben werden muss in diesem Zusammenhang der aktuelle NHB-Bundesvorsitzende Dietmar Engelhard, der zugleich in der Redaktion der wichtigen Monatsschrift des Lagers „Nation&Europa“ arbeitet.

Doch auch der NHB spielt beim „Kampf um die Köpfe“ noch längst nicht die gewünschte Rolle. Engelhards wegen Erfolglosigkeit in die Kritik geratener Vorgänger Alexander von Webenau hat die Partei inzwischen wieder verlassen, eine lange angekündigte Ausgabe des Verbandsorgans „Vorderste Front“, in der Vergangenheit deutliche natio-

nalrevolutionäre Tendenzen vertretend, lässt weiterhin auf sich warten. Immerhin ist es bei den Veranstaltungen der jüngsten Zeit gelegentlich gelungen, einige der raren Intellektuellen des eigenen Lagers als Referenten zu gewinnen, die sich nicht auf vorsichtige Distanz zur NPD halten. So sprach bei einer Veranstaltung im hessischen Wölfersheim am 24. April 1999 Pierre Krebs, der Leiter des „neu“rechten Thule-Seminars. Einige Anzeichen deuten darauf, dass sich die Kooperation mit dieser Kleingruppe verstärkt hat, auch wenn der „metapolitische“ Ansatz des Thule-Seminars von der Mutterpartei nicht geteilt wird.

■ Parteizeitung ist wichtigster Ideologieträger ■

Eine relativ neue Erscheinung sind scheinbar von der Partei unabhängige Vorfeldeinrichtungen, die über die Gewinnung prominenter Vortragender versuchen sollen, über die Partei hinaus wirksam zu werden. Erste Tagesveranstaltungen der in diesem Zusammenhang zu nennenden Deutschen Akademie mit Sitz in Kaiserslautern oder der Staatsbürgerlichen Runde Nürnberg müssen mit jeweils rund 100 Teilnehmenden als relative Erfolge gewertet werden. Dabei darf die neue Allzweckwaffe der NPD, Horst Mahler, natürlich nicht fehlen. Aber auch der frühere NHB-Bundesvorsitzende Thor von Waldstein meldete sich mit einem Referat über den Liberalismus wieder zu Wort. Auch dass dieses Referat für würdig befunden wurde, in den „Staatsbriefen“ von Hans-Dietrich Sander abgedruckt zu werden, wird die NPD auf der Haben-Seite verbuchen. Hinzu kommt, dass zumindest bei der Deutschen Akademie auch die Einbeziehung von Personen des Parteiumfeldes geglückt zu sein scheint. In der „Deutschen Stimme“ wird behauptet, die Akademie setze „sich aus einem breiten Bündnis von NHB, über Werkstatt Neues Deutschland bis hin zur Jungen Landsmannschaft Ostpreußen zusammen“. Dass bei den Veranstaltungen die zentralen Themenstellungen der gesamten extremen Rechten behandelt werden, versteht sich fast von selbst. Bei der ersten Veranstaltung der Deutschen Akademie im sächsischen Wurzen stand die Kritik des „Parteienstaates“ im Mittelpunkt.

Gegenwärtig ist noch nicht abzusehen, ob die Qualifizierungsbemühungen der NPD den gewünschten Erfolg zeitigen werden. Im Unterschied zur Ära Deckert gibt es sie zumindest. Bereits dies wird die NPD als Erfolg feiern. *Andreas P. Zaleshoff*

Zwischenruf

Nährboden

Soll man oder soll man nicht: den Antrag stellen, die NPD zu verbieten. Die Meinungen gehen quer durch die Parteien. Wenn die NPD verfassungswidrig ist, dann fragt sich, warum die Verfassungsschutzämter ihren politischen Führungen das nicht längst gesagt haben. Das gleiche gilt, warum erst Fremden Gewalt durch junge Leute angetan werden muss, die aber regelmäßig weder der NPD angehören oder von ihr gesteuert sein sollen. In der Öffentlichkeit und in Teilen der Presse nimmt das Unbehagen über eine Diskussion zu, die suggeriert, mit einem Verbotsantrag werde der Rechtsextremismus bewältigt. Insoweit kann man jenen Politikern zustimmen, die gegen ein Verbot sind.

Das Dilemma der gegenwärtigen Diskussion hat die „Berliner Zeitung“, möglicherweise unfreiwillig, offenbart. Als sie über die vom sächsischen NPD-Unterführer Petzold gegen den Ausschluss seiner Partei vom Sachsentag erstrittene Gerichtsentscheidung berichtete, stand neben seinem Foto: „Jeder zweite Ostdeutsche und ein Drittel der Westdeutschen sind nach einer Umfrage der Meinung, dass in der Bundesrepublik zu viele Ausländer leben. ... Jeder achte Westdeutsche fühlt sich von in Deutschland lebenden Ausländern ausgenutzt. Von den Ostdeutschen äußerten 26 Prozent diese Ansicht.“ Das ist - leider - Realität. So muss die Diskussion weniger um die etwa 6000 NPD-Mitglieder geführt werden, sondern um die Millionen Deutschen, die nicht unbedingt anders über Ausländer denken als diese. Darum ist es richtig, wenn das Bundesinnenministerium oder Landesregierungen an Programmen arbeiten, die das Verständnis für ausländische Mitbürger aktivieren. Schwer verstehbar ist deshalb die Haltung jener (vornehmlich Unions-)Politiker, die sich solchen Programmen oder Bündnissen gegen Rechts verweigern. Das macht gerade den hessischen Ministerpräsidenten Koch verdächtig, dessen Vorgänger Dregger oder Wallmann Wahlkämpfe auf Kosten von Ausländern geführt haben. Will man die Negativhaltung in der Gesellschaft pflegen, um sie in populistischer Manier bei Bedarf abrufen zu können? Das wäre fatal für die Demokratie, zumal diese Haltung den Nährboden pflegt, aus dem prügeln Neonazis die Legitimation für ihr Tun beziehen, fühlen sie sich doch quasi als Vollstrecker des Volkswillens. *Klaus-Henning Rosen*

Aktivitäten**Aus für „Sturmlokal“**

Der bundesweit bekannte Neonazi-Treff „Club 88“ in Neumünster wird geschlossen. Rund 400 Rechtsextremisten demonstrierten für den Erhalt des Lokals.

Anfang Oktober würde der „Club 88“ im Neumünsteraner Stadtteil Gadeland seinen vierten Geburtstag feiern können. Ob es allerdings dazu kommt, ist fragwürdig. Nach jahrelangem Weggucken ist die Ordnungsbehörde in Neumünster nun mit Rückendeckung des Kieler Innenministeriums darum bemüht, der 36 Quadratmeter großen Gaststätte den Garaus zu bereiten. Der Betreiberin Christiane Dolscheid (Skingirl-Freundeskreis Deutschland, Braunes Kreuz) soll die Konzession für den norddeutschland-weiten Neonazi-Treff entzogen werden. Dazu ist in dieser Woche eine Anhörungsfrist der Stadt Neumünster abgelaufen. Laut Oberbürgermeister Hartmut Unterlehberg möchte die zuständige Verwaltung möglichst einen Sofortvollzug durchsetzen. Dagegen haben die Rechtsextremisten - unter anderem Christian Worch aus Hamburg - juristischen Widerstand angekündigt.

Einige Jahre blieb der „Club 88“ unbehelligt von restriktiven Maßnahmen. In den vergangenen zwei Wochen gab es dagegen gleich zwei polizeiliche Razzien. In der Nachbarschaft machen die Anhänger des „Club 88“ auf „schön Wetter“ und kehren ihre Harmlosigkeit heraus. Sie bieten privat Gitarrenkurse an und beteiligten sich sogar an einer Müllsammel-Aktion im Stadtteil. Im Stadtgebiet versucht der Personenkreis um den „Club 88“ jedoch, das örtliche „Bündnis gegen rechts“ zu attackieren. Informationstische werden von Neonazis gefilmt und und fotografiert, zerstoebene Reifen bei Bündnis-Mitgliedern und Bedrohungen waren die Folge.

Am Sonnabend, 2. September rief Christian Worch zum Protest nach Neumünster für den Erhalt des „Club 88“ auf die Straße. Nach juristischem Tauziehen wurde die Demonstration der Freien Nationalisten und Skinheads um Worch vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe genehmigt. Knapp 400 Neonazis aus ganz Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern versammelten sich. Sie wurden übrigens an

einer Autobahnraststätte vom Neumünsteraner Michael Denz, einem Hooligan der „VFR-Szene“, in Empfang genommen, der in der Vergangenheit bereits Kontakte zur NPD pflegte und häufiger Besucher des „Club 88“ ist. Auf der Kundgebung der Rechtsaußen auch dabei: Der Kieler Peter Borchert sowie Siegfried Borchardt (SS-Siggi) aus Dortmund. Gegendemonstrierende zeigten Zivilcourage und versperrten die Marschroute der Rechten durch Sitzblockaden. Der ohnehin schon umgeleitete Demonstrationszug von Worch und Kumpanen drehte nach nicht einmal der Hälfte der vorgesehenen Strecke auf Weisung der Polizei um und verschwand aus der Stadt, sofern einige „Kameradinnen und Kameraden“ nicht noch einmal bei ihrem so selbst titulierten „Sturmlokal“, dem „Club 88“, vorbei schauten. Nach dieser Schlappe für Worch folgte am Sonntag gleich die nächste: Nur knapp 90 Demonstranten vereinigte er mit seinem Protest in Hamburg gegen die Berichterstattung der dortigen „Morgenpost“.

B. Ohne

Hinweis**Gegen rechte Normalität**

„Rechter Alltag als Normalfall? Wo steht die Pädagogik gegen rechts im vereinten Deutschland?“ Unter diesem Motto führt der Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen (AK Ruhr) in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für Politische Bildung NRW vom 19. bis 21. September seine Jahrestagung durch. Die Veranstaltung, die sich neben anderen an Multiplikatoren aus Jugend- und Sozialarbeit, Schule und politischer Bildung richtet, will eine realistische Einschätzung rechter Ideologie und deren Potenziale vermitteln. Thematisiert wird dabei, welches Ausmaß der Rechtsextremismus heute in Deutschland angenommen hat und wie er untersucht wird. Ferner soll der Alltag rechter Jugendlicher in Ost und West unter die Lupe genommen und über pädagogische Konzepte gesprochen werden. Als Referenten treten unter anderen auf: Richard Stöss, FU Berlin, Benno Hafener, Marburg, Wolfgang Dreßen, Fachhochschule Düsseldorf, Bernd Wagner, Zentrum demokratische Kultur, Berlin. Tagungsbeginn: 19. September, 18.00 Uhr; Kernwasser Wunderland, Kalkar

Weitere Infos: Landeszentrale für Politische Bildung NRW, Herbert Cormann Telefon: 0211 / 67977-22, e-mail: herbert.cormann@mswwf.nrw.de

Aktivitäten

Themen besetzen

Extrem rechte Gruppen versuchen, den Widerstand gegen den Flughafenausbau in Frankfurt/Main zu infiltrieren.

Kaum hatte sich die konservativ-liberale Landesregierung von Hessen Mitte August endgültig für eine Ausbauvariante des Frankfurter Flughafen entschieden, gingen die Anwohner betroffener hessischer Städte und Gemeinden mit Protest-Transparenten und Plakaten auf die Straße. Manche werden sich an den Widerstand gegen die Startbahn-West erinnern haben, der Anfang der 80er Jahre nicht nur die Rhein-Main-Region in Atem hielt.

Allerdings müssen sich die Flughafengegner heute mit ungeliebten Bündnispartnern aus der rechten Ecke herumschlagen, die es teilweise schon geschafft haben, sich innerhalb der heterogenen Bewegung zu etablieren, wie die Berliner Wochenzeitung „Jungle World“ Anfang August enthüllte. So fungierte der Sprecher der „Bürgerinitiative gegen unnötigen Fluglärm Bergen-Enkheim“ (BI) Ulrich Brier bis vor kurzem als Regionalbeauftragter der Deutschlandbewegung. Bei den Protesten gegen die Wehrmachtsausstellung in Frankfurt/Main 1997 hatte sich Brier besonders hervorgetan. Auch die BI-Aktivistin Ellen Wilde hat einen rechten politischen Hintergrund. Sie ist Fraktionsvorsitzende des Bürgerbündnis für Frankfurt (BFF) im Ortsbeirat Bergen-Enkheim.

■ „Legendäre Startbahn-West-Zeit“ ■

1997 trat die BFF zur Frankfurter Kommunalwahl mit einem mit ausländerfeindlichen Ressentiments gespickten Wahlprogramm an. Die „Antifaschistischen Nachrichten“ charakterisierten diese Gruppe 1997 folgendermaßen: „Ein Kennzeichen der 'Vorschläge zur politischen Erneuerung von Frankfurt am Main' ist ihre Ausländerfeindlichkeit. Dabei setzt das BFF an der inzwischen verbreiteten rassistischen Verknüpfung von 'Sicherheits-' und 'Ausländerpolitik' an“. So behauptete das Bürgerbündnis: „Der hohe Anteil der von Ausländern und ausländischen Einwohnern verübten Kriminalität darf nicht tabuisiert werden ... Die hohe Zahl der illegal in Frankfurt lebenden Ausländer ist auch eine Quelle von Kriminalität.“

Bei der hessischen Landtagswahl 1999 kandidierten BFF-Mitglieder auf der Liste des mittlerweile aufgelösten Bund Freier Bürger (BFB). Im Vorjahr initiierten BFF und BFB eine Frankfurter Initiative, mit der sie einen Volksentscheid gegen die doppelte Staatsbürgerschaft forderten. Nachdem sich die hessische CDU dieses Themas mit Erfolg angenommen hatte, dümpelte die rechte Konkurrenz vor sich hin. Später wurde daraus die Bürgerbewegung Unser Land, die mit Horst Mahler im letzten Jahr einige spektakuläre Minidemonstrationen durchführte. Nachdem das Medienecho erlahmt war, versank die Gruppierung schnell wieder in der Versenkung. Mit dabei war auch Wolfgang Hübner, der noch immer erster Vorsitzender der BFF ist.

Auf der BI-Homepage wird diese rechtslastige Gruppierung zur einzigen parlamentarischen Kraft aufgebaut, die gegen den Flughafenausbau agiert. Unter der Überschrift „Der Lärm der Globalisierung“ brachte die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) die rechte Kritik am Flughafenausbau auf den Punkt. „Die Ausbaubefürworter kümmert es nicht, dass die Rhein-Main-Region zu einer Fluglärm- und Dreck-Zone verkommt und mit über 100.000 Flugbewegungen jährlich zum Umsteigeplatz des globalen Massen-Jet-Sets und zum größten Frachtflughafen Europas wird. Gegen diese erhebliche Gefahr für die Heimat, den Lebensraum und die Gesundheit Hunderttausender Menschen (und Tiere) wehren sich die Freien Wähler BFF und die Bürgerinitiativen gegen den Flughafenausbau, mit der Unterstützung der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und des Deutschen Siedlerbundes.“

Die JF-Autoren schwärmen in ihrem Artikel von der „legendären Startbahn-West-Zeit“. Biografisch wäre es durchaus denkbar, dass sie schon in den 80er Jahren als Aktivisten dabei waren. Werner Olles hat schon ziemlich früh seinen Marsch von der studentischen Linken nach Rechts außen begonnen. Sein Co-Autor Claus Wolfschlag veröffentlichte 1998 im rechtslastigen Stocker-Verlag ein Buch, in dem er Ex-Linke interviewte, die ihre Heimat bei der extremen Rechten gefunden haben. Werner Olles war sein erster Interviewpartner. Mittlerweile sind die rechten Unterwanderungsversuche auch innerhalb der Anti-Startbahn-Bewegung zum Diskussionsthema geworden. In einem von Altaktivisten geschriebenen Flugblatt wird zwar das pluralistische Selbstverständnis der Bürgerinitiative betont. Für Rassisten und Rechtsradikale sei aber dort kein Platz, heißt es.

Peter Nowak

Aktivitäten**Verschlungene Pfade**

Rechtsextreme Seiten werden zunehmend zu Anbietern im Ausland verlagert. Auch so genannte „Weiterleitungsadressen“ führen automatisch zur eigentlichen Internet-Seite.

Im Zuge der Debatte um rechte Websites haben bislang einige rechtsextreme Internetseiten ihren in Deutschland registrierten Domainnamen verloren. Bundesweit für Schlagzeilen sorgte die Adresse: „heil-hitler.de“, doch auch Namen wie „bloodandhonour.de“, „nationaler-widerstand.de“, „dividion88.de“ oder „freie-nationale-jugend-celle.de“ wurden mittlerweile gesperrt. Szeneintern kursieren seither diverse Tips, wie der Sperrung einer Domainadresse zuvorgekommen werden kann. So raten zum Beispiel die Betreiber der „Macht-und-Ehre“-Homepage allen, die beim Berliner Unternehmen Strato ihre Adresse registrieren ließen, „zu Puretec oder einen anderen Anbieter umzuziehen da die anderen Anbieter bis jetzt noch nicht bereit sind die rechtssradikalen .de domains zu löschen!“. Dass es sich hierbei letztendlich um einen Schaukampf handelt, zeigt ein kurzer Blick ins Internet.

Zu den Puretec-Kunden zählt neben anderen auch Sascha Eitenmueller aus dem rheinland-pfälzischen Michelstadt mit dem Domainnamen „whiteworld“. Eitenmueller hat mittlerweile seine Homepage „stillgelegt“ und auf einen Satz reduziert: „Die Internetseite (...) wurde, dank dem Terror der BRD, vom Server genommen“. Nach wie vor im Internet zu finden sind zahlreiche Einträge von ihm in diversen rechtsextremen Gästebüchern. Dort hinterließ er bisher als „Eiti“ oder „Eiti88“, so seine Email-Adresse, zum Teil strafrechtlich relevante Parolen. Auch der Berliner Neonazi Frank Schwerdt gehört zum Puretec-Kundenstamm – so sind dort auf seinen Namen die deutschsprachigen Domainnamen der „Nachrichten der HNG“ oder der „Berlin-Brandenburger Zeitung“ registriert. Ebenfalls bei Puretec ist der im Bundesverfassungsschutzbericht genannte „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) um den Langener Neonazi Thomas Brehl und den Berliner Michael Koth, auf den der entsprechende Domainname registriert wurde. Eine Selbstdarstellung dieser Gruppe findet sich auch im Internetangebot der Bürgerrechtsbewegung Unser Land des NPD-Mitglieds Horst Mahler. Diese

Gruppe hat – wie Mahler selbst – eine .de-Domain, eingetragen über die Firma Network Center PSI. Auch über die Oldenburger Firma ECCE TERAM Internet Services GmbH wurden rechtsextreme Domains registriert, darunter die des „Deutschen Freundeskreises Schwaben“ (DFS) – von dem einschlägig bekannten Dennis Entenmann, der auf einer weiteren Homepage unter dem Namen „Davids Kampfgruppe“ einen Mordaufruf ins Netz stellte. Ebenfalls einen eigenen Domainnamen besitzt die militante Neonazigruppe „Thüringer Heimatschutz“ (THS), aktiv sowohl in der Anti-Antifa-Arbeit der Freien Kameradschaften wie in der Führungsspitze der Thüringer NPD. Über die Neustraublinger WWW-Service Online Dienstleistungen GmbH registrierte der Rudolfstadter THS-Kader Tino Brandt den entsprechenden Domainnamen, ebenso wie einen weiteren für das Hoffmann-von Fallersleben-Bildungswerk. Auch über die Karlsruher Firma Schlund und Partner wurden diverse fragliche Internetdomains registriert – darunter auch die Internetadresse des „Siegener Bärensturm“, registriert auf den Namen Martin Scheele, der über die gleiche Firma auch den Domainnamen „Anti-Antifa“ erworben hat.

■ Adressen in Gästebüchern und Diskussionsforen ■

Während einige der rechtsextremen Seitenbetreiber mit deutschem Domainnamen von der öffentlichen Diskussion bislang scheinbar unberührt bleiben oder allenfalls ihre Internetseiten „stilllegen“, verstärkt sich gleichzeitig ein Trend, der schon zuvor zu beobachten war – zahlreiche rechtsextreme Homepages sind mittlerweile bei ausländischen Freehostern, Anbietern von kostenlosem, meist werbefinanzierten Speicherplatz im Internet, gespeichert. Einige der Seiten, die ihren deutschen Domainnamen verloren, waren so schon kurze Zeit später wieder online, wie zum Beispiel „bloodandhonour“. Auf die neue Internetadresse wird oftmals per Email oder durch entsprechende Einträge in den Gästebüchern und Diskussionsforen gut besuchter rechtsextremer Seiten hingewiesen.

Die rheinland-pfälzische Jugendministerin Rose Götte wies jüngst auf diese Nutzung von Gästebüchern hin. Bei einer Pressekonferenz wurde eine Auswertung von jugendschutz.net, der Zentralstelle der Länder für den Jugendschutz in den Mediendiensten, vorgestellt. Deren Mitarbeiter hatten 40 rechtsextreme Internetseiten samt Gästebücher

analysiert und dabei alleine 600 Querverweise und 800 Kontakt- und Emailadressen erfasst.

Neben der Verlagerung der Seiten ins Ausland lässt sich auch eine Entwicklung zu einer leicht zu merkenden „Weiterleitungsadresse“ feststellen, die den Surfer automatisch zur eigentlichen Internetseite bringt. Neben Anbietern im Stile von „go.to“, „come.to“ sind viele Seiten auch über eine (Weiterleitungs-) Adresse beim Anbieter TSX zu erreichen, der ebenso wie der Provider Yoderanium ein bevorzugter Sammelplatz der Antidemokraten jeglicher Couleur zu sein scheint. Zudem werden die Internetseiten zunehmend gespiegelt und sind unter mehreren Adressen inhaltsidentisch im Netz – werden die Dateien auf einem Server gelöscht, dann bedarf es nur der Anpassung der Weiterleitungsadresse, um erneut auf die rechtsextreme Homepage zu verweisen. Laut Götte wurden teilweise bis zu 13 „Kopien“ solcher Angebote gefunden.

Der Wechsel zu einem ausländischen Server ist nur eine scheinbare Flucht aus dem deutschen „Strafraum“, die möglicherweise das Auffinden

der Betreiber erschwert, die aber nicht vor der Strafbarkeit der Inhalte bewahrt. Zudem scheinen gerade Anbieter wie TSX und Yoderanium öfter unter technischen Problemen zu leiden, so dass Seiten und Adressen über diese Anbieter unter Umständen tagelang nicht mehr zu erreichen sind. Durch zusätzliche Seitenverlagerungen dürfte dieser Zustand auch nicht besser werden. Schwer erreichbar sind manche Seiten aber auch durch diverse weniger legale, jedoch effektivere technische Angriffe auf die jeweiligen Anbieter. Das Spektrum reicht dabei vom Blockieren eines Servers mit einer Vielzahl von Mails oder Anfragen bis zum „hacken“ und Umgestalten einer rechtsextremen Homepage. Eine dieser ungeklärten Metamorphosen ist die Wandlung der Homepage von „blutnacht“ (auch diese über TSX erreichbar), die nun auf eine Kinderliederseite verweist. Und nach wie vor verweisen diverse Linklisten auf rechtsextremen Internetseiten auf eine „nationale Linkliste“, die über die kurze Einblendung: „Eine Nationale Linkliste – das war einmal“ zu einer antifaschistischen Seite weiterleitet.

Rudolf Kleinschmidt

Anzeige

Der Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ e.V. in Bonn wurde 1993 auf Initiative von Bürgerinnen und Bürgern ins Leben gerufen, die als politisch Verfolgte unter der NS-Diktatur und dem kommunistischen Regime der DDR gelitten haben. Sie fanden sich zusammen, um sich gegen extremistische Gewalttaten in unserem Land, die Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen, Fremdenfeindlichkeit und Verteufelung von Minderheiten zur Wehr zu setzen. Zugleich waren sie sich einig in der Absicht, die Erinnerung an die Vergangenheit wachzuhalten und die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Landes zu stärken. Zu den Gründern des überparteilich orientierten Vereins gehörten Verfolgte, Politiker, Wissenschaftler, Pädagogen, Gewerkschafter, Journalisten und Leiter von Gedenkstätten. Der Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ ist im Vereinsregister eingetragen und vom Finanzamt Bonn-Außenstadt unter der Steuernummer 206 5863 0049 als gemeinnützig anerkannt. Beiträge und Spenden sind somit gemäß § 10b EStG und § 9 Nr. 3 KStG abzugsfähig. Konto: 8551707 (BLZ 380 500 00), Sparkasse Bonn

Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“, Max-Planck-Straße 3, 53177 Bonn

Telefon (0228) 93 38 90, Telefax (0228) 933 89 20, <http://www.gegen-vergessen.de>

**Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.**

☐ Ich bin an der Arbeit des Vereins interessiert, möchte aber derzeit nicht Mitglied werden. Ich bitte um Zusendung der Informationshefte und regelmäßiger Veranstaltungshinweise und werde dafür einen Betrag von DM als Spende überweisen.

☐ Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“

Name Vorname

Adresse

Telefon privat dienstlich Fax

Beruf/Funktion Geburtsdatum

Verein/Verband etc.

Ich bin an folgenden Arbeitsbereichen interessiert:

Ort, Datum Unterschrift

Demokratische Initiativen**Engagement stärken**

Experten aus der Wissenschaft haben sich zu der aktuellen Rechtsextremismusdebatte zu Wort gemeldet.

Als „verkürzt und gefährlich“ charakterisieren 31 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den Bereichen Rechtsextremismus-, Migrations- und Konfliktforschung die gegenwärtige Debatte um Maßnahmen gegen die extreme Rechte. „Sorge bereitet uns vor allem“, so die Erklärung, „dass der Eindruck entsteht, als hätten wir es mit neuen und unerwarteten Erscheinungsformen zu tun“, auf die mit Verboten und mit der Einschränkung von Grundrechten zu reagieren sei.

Eine Zunahme der Militanz und manifester Gewalt sei bereits seit Ende der achtziger Jahre zu beobachten und mit der Asylrechtsdebatte 1992/93 eskaliert. Beide bewegten sich seitdem auf konstant hohem Niveau. Empirische Untersuchungen belegten, dass ein entsprechendes Einstellungspotenzial auch in der Bevölkerung der alten Bundesrepublik seit Jahrzehnten in beträchtlichem Umfang vorhanden sei.

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weisen darauf, dass das Problemfeld zusätzlich an Brisanz gewinne, dass der Binnendiskurs der extremen Rechten seit langem durch einen Intellektuellendiskurs flankiert werde, der auf Gewinnung politischer Definitionsmacht und kultureller Hegemonie gerichtet sei. „Personell beschränkt sich die ‘Neue Rechte’ nicht auf das äußerst rechte Spektrum, sie reicht vielmehr bis weit in die etablierte Politik hinein“, unterstreicht die Forschergruppe. Ideologische Modernisierungsprozesse und Anpassung an den gesellschaftlichen Wandel durch die Parteien der extremen Rechten würden so ermöglicht. Das Hauptproblem sei ein „Meinungsklima, in dem Fremdenfeindlichkeit und autoritäres Denken weit verbreitet sind.“

In fünf Punkten plädieren die Unterzeichnenden, zu denen zum Teil bekannte Experten – so die Professoren Butterwegge, Dubiel, Dudek, Falter, Heitmeyer, Henning, Jäger, Link und Minkenberg – gehören, „für einen offensiven Umgang“ mit den Problemfeldern, allerdings ohne demokratische Rechte abzubauen. In der Tat hatte sich in der De-

batte in den vergangenen Wochen gelegentlich der Eindruck aufgezwängt, manche politisch Verantwortlichen nutzten die NPD lediglich als Vorwand, um ohnehin geplante autoritäre Forderungen durchzusetzen.

Eine Signalwirkung durch ein mögliches Verbot der NPD wird in dem Papier zwar eingeräumt, eine langfristige durchgreifende Wirkung aber bestritten. Die Erfahrungen mit dem FAP-Verbot scheinen dies zu bestätigen. Wichtiger, so heißt es, sei die „inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtsextremistischer Programmatik und Ideologie“. Und unerlässlich sei „eine klare Abgrenzung“ gegenüber dem gesamten Spektrum der extremen Rechten. Ein regelmäßiger Blick in die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ unterstreicht die Berechtigung dieser Forderung. Nur zu häufig lassen sich hier Politiker demokratischer Parteien als Feigenblatt missbrauchen, um die Positionen der extremen Rechten mit dem ersehnten Hauch von Seriosität zu umkleiden.

„Grundrechte dürfen nicht angetastet werden“, wird imperativ gefordert. Maßnahmen wie die Aufweichung des Kündigungsschutzes oder des Demonstrationsrechtes seien kontraproduktiv, die vorhandenen Möglichkeiten müssten konsequent genutzt und vor allem die Eigeninitiative der Bevölkerung unterstützt werden, „sich im Alltag offensiv gegen solche Erscheinungsformen zu wenden.“

Angebracht scheint die Warnung davor, Jugendliche pauschal als die eigentliche „Problemgruppe“ abzuqualifizieren. Zwar sei in dieser Altersstufe Militanz häufiger anzutreffen, doch sei das entsprechende Potenzial auch in älteren Jahrgängen in erheblichem Umfang verbreitet. Toleranz und Akzeptanz gegenüber Minderheiten seien im Gegenteil bei jungen Menschen eher vorzufinden. Als problematisch müsse es betrachtet werden, dass die Anforderungen an Jugendliche kontinuierlich gestiegen seien, während gleichzeitig ihr Gestaltungsspielraum für die eigene Lebensplanung abgenommen habe. Es müsse verstärkt auf Mitwirkungsmöglichkeiten am demokratischen Entscheidungsprozess geachtet werden. Last but not least wird eine Gleichstellungs- und Integrationspolitik für hier lebende Nicht-Deutsche gefordert.

Insgesamt eine begrüßenswerte Initiative aus dem Wissenschaftsbereich, die sich sowohl im analytischen Teil wie auch im Forderungskatalog wohltuend von so manchen Aufgeregtheiten aus den Reihen der Politik abhebt.

Volkmar Wölk

Demokratische Initiativen**Freiraum für Rechte**

Das Konzept der so genannten „akzeptierenden Jugendarbeit“ ist in die Kritik geraten.

Als nach dem Mauerfall vor allem in Ostdeutschland Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit erstarkten, haben Sozial- und Jugendarbeit mit ganz unterschiedlichen Konzepten versucht, dem Problem zu begegnen - mit mehr oder minder großem Erfolg. Jugendclubs wurden eröffnet, Streetworker eingestellt; Jobprojekte geschaffen. Gerade das von der Bundesregierung ins Leben gerufene Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG) versuchte, in den Hochburgen rechter Gewalt tätig zu werden. In die Kritik geriet das AgAG, als immer öfter von diesem subventionierte Treffs Schlagzeilen machten, weil sie sich zu Promitreffs organisierter Rechtsextremer entwickelt hatten. Ob in Wurzen, Schwedt oder Berlin-Lichtenberg; allerorten stellte sich die Frage: wie weit dürfen Sozialarbeiter sich mit ihren Klienten „solidarisieren“; ab welchem Grad der Verstrickung in Organisationen sind auch Jugendliche nicht mehr zugänglich?

Auch jetzt, in Zeiten, in denen die Beschäftigung mit dem Rechtsextremismus in Medien und Politik plötzlich Hochkonjunktur hat, scheiden sich an der folgenden Frage die Geister: Was erreicht man mit der so genannten akzeptierenden Jugendarbeit? Dass das letzte Mal ein führender Innenpolitiker offensiv die Ansicht vertrat, man müsse rechten Jugendlichen eigene Räume zur Verfügung stellen, ist noch gar nicht so lange her: Noch vor einigen Monaten kündigte das Schweriner Innenministerium an, mit der akzeptierenden Jugendarbeit einen Neubeginn im Kampf gegen Rechts zu versuchen.

Eine deutliche Absage erteilt der so genannten „akzeptierenden Jugendarbeit“ die jüngste Ausgabe der Schriftenreihe des Zentrums Demokratische Kultur in Berlin. Unter dem Titel „Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen“ beschäftigt das Heft sich mit dem theoretischen Hintergrund des Ansatzes, aber auch mit Vor-Ort-Analysen. Beispielhaft beschreibt der Rechtsextremismus-Experte Bernd Wagner gemeinsam mit zwei Kolleginnen die Situation in Leipzig-Grünau: Dort, so Wagner, lasse sich eindeutig ablesen, dass

das Bemühen der ortsansässigen Jugendclubmitarbeiter „für alle da zu sein und keinen Unterschied zu machen“ längst gekippt sei: in eine Situation, in der die „am aggressivsten Raum und Inhalte okkupierende rechtsextremistische Szene überall ein Klima der Anpassung erzeugt, das all jene Jugendlichen ausgrenzt und auch körperlich gefährdet, die sich dem rechtsextremen Mainstream nicht anpassen wollen“. Rechtsextreme Kader, so haben Wagner und seine Mitarbeiterinnen beobachtet, gingen dort ein und aus, potenziellen Aussteigern gegenüber werde ein enormer Druck ausgeübt. Ihre Bilanz: Mit den unter dem Label „offene Treffs“ - vielleicht unfreiwillig - „geschaffenen und geschützten Szenetreffpunkten“ sei „die Attraktivität des Rechtsextremismus nicht nur für Jugendliche über die Stadtgrenzen von Leipzig gesteigert worden.“ Dass dies so sei, folge einer einfachen Logik: Personen mit ähnlichen Interessen gingen dorthin, wo die Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Interessen am größten seien. So wirkten Orte, an denen rechte Gesinnungen akzeptiert seien, als wahre Magneten für Rechte - und würden zu weiträumigen No-Go-Areas für andere.

Anetta Kahane, die Leiterin der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule in Berlin, beleuchtet den Ansatz akzeptierender Arbeit unter dem spezifisch ostdeutschen Blickwinkel: Anders als in Westdeutschland, argumentiert sie, hätten ostdeutsche Sozialarbeiter nach der Wende keine persönliche Geschichte durchgemacht, die es ihnen ermöglichte, die Normen und Werte der Gesellschaft kritisch zu durchleuchten und so zu einem gesunden Umgang mit zivilgesellschaftlichen und institutionellen Instrumenten zu kommen. Der akzeptierende Ansatz, so Kahane, gehe davon aus, dass der Sozialarbeiter sein Klientel aufsucht, akzeptiert und ihm anhand des eigenen Beispiels einen Weg zeigt. Wohin aber, fragt Kahane, „soll der ostdeutsche Sozialarbeiter seine Jugendlichen führen?“ Den ursprünglichen Gedanken der akzeptierenden Sozialarbeit legt der Begründer derselben, der Bremer Sozialwissenschaftler Franz Josef Krafeld in dem Band dar. Wer Hintergründe, Einschätzungen und Situationsbeschreibungen zu einem viel verwendeten Begriff sucht - wenn auch eindeutig aus der Ecke der Ablehner -, dem sei die Lektüre wärmstens empfohlen.

Jeannette Goddar

„Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen“: Zentrum Demokratische Kultur, Chausseest. 29, 10115 Berlin, Tel. 030/2829627, Fax 2384303

NS-Vergangenheit**Ort der Verbrechen**

Die Teilnehmer der Wannsee-Konferenz vom Januar 1942 kamen größtenteils mit glimpflichen Strafen davon. Drei israelische Besucher haben die Villa, die heute als Gedenkstätte dient, besichtigt.

Das Haus der Wannsee-Konferenz ist kein großes, aber zweifellos eines der interessantesten Museen in Berlin. Schon der vom ersten Moment an spürbare Kontrast zwischen dem anziehen Ambiente der von üppigem Grün umgebenen, luxuriösen Großbürgervilla am Wannseestrand und dem abstoßenden Gegenstand der Ausstellung - Dokumente der Planung und Realisierung eines der schwersten Verbrechen der Menschheitsgeschichte - verursachen bei den Museumsbesuchern zwiespältige Empfindungen, bei nicht wenigen so etwas wie einen Schock. Keiner verlässt die erst seit dem Januar 1992 existierende Gedenk- und Bildungsstätte gleichgültig. Der Sommer 2000 mit dem alles beherrschenden Thema Neonazismus sollte - jenseits der unbestreitbar notwendigen Diskussionen über härteres Zupacken, NPD-Verbot und Versammlungsrecht - Anlass für Berlins Senat, Informations-, Bildungs- und Erziehungseinrichtungen sein, über eine intensivere Nutzung des Hauses am Großen Wannsee 56-58 zur politischen Aufklärung namentlich der jungen Generation nachzudenken.

Die Authentizität der Exponate, das vielfältige Bild- und Dokumentenmaterial und die beklemmende Atmosphäre eines Ortes, an dem Spitzenbeamte der Nazis und SS-Führer im Januar 1942 unter Vorsitz von SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, damals Chef des Reichssicherheitshauptamtes, die Details der „Endlösung der Judenfrage“ festlegten, machen aus dem einstigen Gästehaus der SS einen „Lernort der Geschichte“. Diese Bezeichnung im Ausstellungskatalog ist umso richtiger, als die Ausstellung keineswegs nur der Konferenz selbst, sondern nicht zuletzt der Umsetzung des hier beratenen Ausrottungsplanes gewidmet ist. Deportationen, Auschwitz, Leben im KZ, Massenerschießungen, Ghettoaufstand in Warschau, Befreiung lauten die Themen einiger der 14 Säle im Erdgeschoss. Hier werden Holocaust-Leugner mit den harten historischen Fakten konfrontiert und brauchen Lehrer keine trockenen Vorträge über die Zeit des Nationalsozialismus zu halten, weil die

nüchternen Zahlen und der Leidensweg der Opfer selbst eine grausame Sprache sprechen. Vielleicht sollten jene, die in Sprechchören „Es ist genug!“ brüllen und gegen das Holocaust-Mahnmal protestieren, weil „Deutschland nicht ewig büßen“ kann, zwangsweise durch das Haus geführt werden, schlug Taxibesitzer Kowalski aus Charlottenburg, der drei Gäste aus Israel an das Wannsee-Museum gebracht und durch die Räume begleitet hatte, nach dem Rundgang vor.

Viele Ausstellungssäle lösen spontane Reaktionen der Besucher aus. An einer Wand im eigentlichen Konferenzraum ziehen Fotos und Lebensläufe der 14 Teilnehmer die Aufmerksamkeit auf sich. „Das Erschreckende ist, dass sie ja gar nicht wie Monster aussehen, sondern harmlos, eher langweilig, wie Bürokraten. Den einen könnte ich gut und gerne gestern im Arbeitsamt gesehen haben“, bemerkt eine Frau. Ganz so sei es nicht, wendet ihr Mann ein. Einige hätten den Gesichtsausdruck von Kampfhunden, wenn auch von sehr intelligenten. Aber wahr sei, dass man Verbrecher, und das gelte auch für Nazis, nicht an Äußerlichkeiten festmachen könne. Heute stelle man sich ja auch wieder Neonazis nur mit Glatze und Bomberstiefeln vor.

Für die Gäste aus Israel sind die Biografien interessanter, vor allem dann, wenn Schreibtischtäter ihre Opfer um Jahrzehnte überlebt haben. „Sehen Sie nur: Herr Otto Hofmann, SS- und Polizeigeneral, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 25 Jahren verurteilt, wurde schon 1954 begnadigt und ist in Frieden fast 90 Jahre alt geworden. Herr Dr. Gerhard Klopfer von der NSDAP-Zentrale war überhaupt nur interniert und dann Rechtsanwalt in Ulm. Er ist 1987, also hochbetagt und wahrscheinlich in seinem Bett, gestorben. Dr. Georg Leibbrandt, Judenausrotter aus Leidenschaft und Hass, wurde nicht verurteilt und 83 Jahre alt. Das sind schon drei von 14“, erregt sich der in Leipzig geborene Peter Lewin aus Haifa beim Lesen. „Heinrich Müller vom Reichssicherheitshauptamt ist nie erwischt worden und starb in Lateinamerika, wenn er nicht als 100-Jähriger dort heute noch lebt. Bei Adolf Eichmann wäre es genau so, hätte ihn nicht Israel aus Argentinien zurückgeholt und seiner gerechten Strafe zugeführt.“ Der alte Mann hält mit Mühe die Tränen zurück. „Ich habe alle meine Leute in Auschwitz verloren. Die Mörder hätten keine Samthandschuhe verdient. Nun braucht man sich nicht zu wundern, wenn ihre Enkel schon wieder versuchen, die Straße zu erobern und Angst zu verbreiten.“

Auf ein anderes Porträt weist Moshe Samter, ein ebenfalls aus Sachsen stammender Israeli hin. „Das ist Dr. Wilhelm Stuckart von Hitlers Innenministerium. Sein Name ist mir schon durch die Nürnberger Rassegesetze bekannt, die er mitverfasst hat. Ein übler Antisemit, der die Wannsee-Konferenz mit dem Vorschlag zur Zwangssterilisierung von 'Mischlingen' und zur Zwangsscheidung von 'Mischehen' bereichert hat und dafür zum SS-Gruppenführer befördert wurde. Am Ende seiner SS-Karriere war er sogar Obergruppenführer. Es ist unglaublich - hier kann man lesen, dass der als 'Mitläufer' eingestuft und zu lächerlichen 500 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Da war er schon Geschäftsführer des Instituts zur Förderung der niedersächsischen Wirtschaft und konnte die Strafe wohl noch von der Steuer absetzen. Er hat allerdings Pech gehabt und ist Ende 1953 bei einem Autounfall umgekommen. Wer weiß, was er sonst noch geworden wäre. Sein Mitarbeiter Globke, auch einer der Väter der Nürnberger Gesetze, hat es geschafft. Er brachte es unter Adenauer zum Staatssekretär.“

Lange studieren alle das von Adolf Eichmann verfasste Protokoll der Wannsee-Konferenz, das in einer großen Vitrine im Saal ausgebreitet ist. Es ist in trocken-bürokratischer Sprache abgefasst. Vokabeln wie Mord und Gaskammern tauchen nicht auf, sondern es heißt nur „Evakuierung der Juden nach dem Osten“. Das Protokoll wurde schließlich verschiedenen Ministerien zugeleitet und konnte in „unrechte Hände“ kommen. Immerhin bringt Eichmann als Fazit der Konferenz zu Papier: „Im Zuge der Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht.“ Ein Wortlaut-Protokoll existiert nicht. Doch weiß man, wie sich einer der Israelis erinnert, dass Eichmann bei seinen Vernehmungen in Israel ausgesagt hat, er habe das Protokoll auf Anweisung seines Chefs Heydrich stark verändern müssen. Die Konferenzteilnehmer hätten weit drastischer gesprochen: von Töten, Beseitigen und Vernichten. Das Geschehen in den folgenden drei Jahren, der Holocaust, vor allem in der industrialisierten Form in Auschwitz, bezeugt, dass Eichmann wohl die Wahrheit sagte.

Das alles wird mit schmerzender Deutlichkeit demonstriert. Das Haus der Wannsee-Konferenz muss man zum Besuch empfehlen, wenn es um die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Neonazismus geht. Es reißt alte Wunden auf, aber sie werden durch offene Augen dauerhafter geheilt als durch wegsehen und verdrängen. *Ralf Bachmann*

Seitenblick

Verdienste erworben

In der vergangenen Woche gab es in Ludwigsburg bei Stuttgart eine wichtige personelle Veränderung. Der Leiter der Zentralen Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen, Oberstaatsanwalt Willi Dreßen, ging in den Ruhestand. Das allein wäre vielleicht der Erwähnung nicht wert, weil bekannt war, dass Dreßen nun in Pension gehen werde. Wichtiger ist, dass die Zentrale Stelle nun einen neuen Chef bekommt. Damit ist sichergestellt, dass diese einzigartige Institution eigenständig bleibt und nicht dem Bundesarchiv oder der Universität Stuttgart einverleibt wird. Diese Gefahr bestand nämlich. Als Dreßens Vorgänger Alfred Streim im August 1996 völlig überraschend starb, gab es in der Konferenz der Landesjustizminister heftige Debatten darüber, ob diese Einrichtung überhaupt noch notwendig sei, weil die Zeit der NS-Prozesse ohnehin zu Ende gehe. Damit war die Existenz der Zentralen Stelle, ernsthaft gefährdet. Dreßen gelang es durch zähe Überzeugungsarbeit, die Gefahr noch einmal abzuwenden. Nun steht fest: die Zentrale Stelle bekommt einen neuen Leiter. Es ist Oberstaatsanwalt Kurt Schrimm aus Stuttgart, ein in NS-Verfahren bewandelter Experte. Schrimm hat 1991/92 die Anklage gegen den 1990 aus Argentinien an die Bundesrepublik ausgelieferten ehemaligen Kommandanten des Ghettos Przemysl in Südostpolen, Josef Schwammberger, vertreten, der dort blutig gehaust hat. Schrimm hatte ihn des mehrfachen Mordes angeklagt und eine lebenslange Freiheitsstrafe durchgesetzt. Im vergangenen Jahr hat er ebenfalls in Stuttgart im Prozess gegen den SS-Schergen Alfons Götzfried eine hohe Freiheitsstrafe erwirkt. Mit Kurt Schrimm bekommt Ludwigsburg einen Chef, der in die Reihe seiner Vorgänger passt.

Die 1958 gegründete Zentrale Stelle wird besonders im Ausland als Beispiel eines neuen, demokratischen Deutschlands angesehen. Sie versucht seit ihrer Gründung, NS-Verbrechen zu klären und Beschuldigte anzuklagen. Etwa 100 000 Ermittlungen stehen nur rund 6 500 Verurteilungen gegenüber. Ermittlungsverfahren wegen NS-Verbrechen werden weiter eingeleitet, neue Hauptverhandlungen dürfte es aber wegen des hohen Alters der Verdächtigen kaum noch geben. Dennoch darf die Zentrale Stelle nicht aufgelöst werden, weil sie als Informations- und Forschungseinrichtung in der Welt ohne Beispiel ist. *Heiner Lichtenstein*

Ausland**Gesinnungsfreunde**

Flüchtiger Deutscher war bei Neonazis in den USA untergeschlüpft.

Am letzten Samstag im August wurde der 24-jährige Hendrik Möbus nahe des Anwesens eines der bekanntesten amerikanischen Rechtsextremisten, William Pierce, im US-Bundesstaat West Virginia festgenommen.

Möbus, der im April 1993 mit zwei Komplizen einen Mitschüler brutal erdrosselt hatte, war im September 1998 nach Verbüßung von zwei Dritteln seiner achtjährigen Haftstrafe auf Bewährung entlassen worden. Als bekannt wurde, dass Möbus und seine Klassenkameraden Sebastian S. und Andreas K. sich die „Kinder des Satans“ nannten, wurde der Mord zu einem Medienspektakel. Die Clique um die Amateur-Metalband „Absurd“ huldigte damals einem selbstinszenierten Satanismus und vertrieb ihre Zeit mit düsteren Songs wie „Tod im Wald“ und „Zyklon B“. Nach seiner Haftentlassung nach fünf Jahren verlautbarte Möbus in Interviews Zweifel, ob der Mord an dem „Volksschädling“ Sandro Beyer überhaupt hätte bestraft werden dürfen.

Im Gefängnis offenbar endgültig ideologisch gefestigt und rechtsextremer denn je, stieg Hendrik Möbus zu einem Leitbild der Black Metal Szene auf. Nachdem er mit immer neuen verfassungsfeindlichen Äußerungen und dem mehrfachen Zeigen des Hitler-Grußes seine Bewährungsaufgaben verletzt hatte, setzte sich der Jungnazi im Dezember 1999 in die USA ab. Nach Angaben des zuständigen US-Marshalls flog Möbus zuerst nach Seattle – unter seinem richtigen Namen – und von dort aus nach Spokane im Bundesstaat Washington, unweit des Geländes der rechtsextremen Aryan Nations. Über Ohio ging die Reise schließlich nach West Virginia, wo der Deutsche einige Monate auf dem Gelände der rechtsextremen National Alliance im ländlichen Hillsboro Unterschlupf fand. Inzwischen unter einem Alias-Namen reisend erfreute sich Möbus der Hilfe verschiedener Amerikaner, die ihn nicht von ungefähr zu William Pierce und der National Alliance schickten.

William L. Pierce gab 1965 seine Karriere als Physikprofessor auf, um sich vollständig der Zusammenarbeit mit dem Führer der American Nazi Par-

ty, George Lincoln Rockwell, zu widmen. Seine 1974 gegründete National Alliance (NA) ist heute eine der bestorganisiertesten und effektivsten rechtsextremen Gruppen in den USA, wobei Pierce die alleinige Entscheidungsgewalt inne hat. Vom Hauptquartier aus betreibt die NA eine regelrechte Propagandamaschinerie mit verschiedenen Publikationen und dem angegliederten Verlag National Vanguard Books, der eine große Anzahl hauptsächlich zum Postversand bestimmter rechtsextremer, revisionistischer und rassistischer Titel vertreibt. Weltweite Verbreitung findet das Gedankengut der Alliance auch durch eine Homepage im Internet, von wo problemlos das wöchentliche Radioprogramm „American Dissident Voices“ in digitalisierter Form gehört werden kann.

Ebenso wie Möbus sieht Pierce sich als Vorhut einer „arischen Elite“, die eine „arische Revolution“ vorbereitet. In seinem als Nazi-Bibel bezeichneten Roman „Turner Diaries“ beschrieb Pierce 1978 das Szenario eines blutigen Weltbürgerkriegs, in dem „weiße Patrioten“ erst die amerikanische Regierung stürzen, alle „Nicht-Weißen“ und vor allem Juden töten und sich dann die Welt unterwerfen. Es wird vermutet, dass der Haupttäter des Bombenanschlags von Oklahoma City vom April 1995, Timothy McVeigh, maßgeblich von diesem Roman beeinflusst wurde. Inzwischen werden die „Turner Diaries“ von einem – pikanterweise jüdischen – Verleger international vertrieben und sind außerdem auf der Homepage der NA in fünf Sprachen, unter anderem auch deutsch, kostenlos herunterzuladen.

Unklar ist, ob die hervorragenden Verbindungen von William Pierce zum deutschen Rechtsextremismus bei der Aufnahme von Möbus eine Rolle gespielt haben. So unterhält die NA schon seit längerem enge freundschaftliche Beziehungen zur NPD. Mehrfach nahmen NPD-Mitglieder an Seminaren in West Virginia teil und auch Pierce war mindestens zweimal Gast auf NPD-Veranstaltungen in Deutschland, so auf dem „Tag des Nationalen Widerstandes“ im Februar 1998 in Passau.

Nachdem US-Marshalls das Anwesen der National Alliance zwei Wochen lang observiert hatten, nahmen sie Hendrik Möbus am 26. August fest, als er erstmals die bewachte Anlage als Beifahrer in einem PKW verließ. Seit Juli besteht von deutscher Seite aus ein Auslieferungsantrag. Ein Sprecher der deutschen Botschaft in Washington äußerte sich sehr zufrieden über die Kooperation deutscher und amerikanischer Behörden. *Thomas Grumke*

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Junge Freiheit“ (JF), 15. Jg., Nr. 30-35/2000: Die Folgen der ausgebliebenen „geistig-moralischen Wende“ malt Michael Wiesberg drastisch aus: Das „was von den Deutschen am Ende dieses Jahrhunderts noch übrig ist, wird in einem multiethnischen Siedlungsgebiet aufgegangen sein“ (31-32/00). Chefredakteur Dieter Stein reklamiert das Vermächtnis des 20. Juli als „nationale(s) Motiv“, das Bundestagspräsident Wolfgang Thierse „zu einem läppischen Allerweltssymbol für Zivilcourage degradiert“ habe. Die „verantwortungsbewusste Rechte“ müsse für „deutsche Jugendliche“, die im irrtümlichen Glauben, „etwas Positives für ihr Volk zu tun“, Gewalt anwendeten, „sozial integrierend wirken“, meint Stein ferner. Dazu interviewt Stein höchstpersönlich Sascha Wagner, den Vorsitzenden der Jungen Nationaldemokraten in Rheinland-Pfalz, der seine Truppe als die besten Sozialarbeiter, die mit gewaltbereiten Jugendlichen umgehen könnten, empfiehlt (31-32/00). Mit den beschlossenen Entschädigungszahlungen an Zwangsarbeiter habe Rot-Grün „die Büchse der Pandora“ geöffnet, befürchtet Autor Wiesberg. Ivan Denes rezensiert das umstrittene Buch des US-amerikanischen Politologen Norman Finkelstein, das untersuche „wie der Holocaust von den amerikanischen-jüdischen Organisationen nach Europa reexportiert wurde, zwecks moralischer und letztlich ökonomischer Erpressung ... zur Bereicherung der großen Verbände und Organisationen“. Der JF-Rezensent nimmt den amerikanischen Autor auch gerne dafür in Anspruch, dass der die „Einmaligkeit“ des Holocaust abstreite, wie „es nach deutschem Recht strafrechtlich“ sei (31-32/00). Als „hemmungs- und schamlose Volksverhetzung ... gegen Patrioten“, an der sich gar die Konservativen beteiligten, geißelt Hans-Helmuth die „Kampagne gegen Rechts“. Nach Meinung von Andreas Wild, für den rechte Gewalt nicht zu existieren scheint, hätten sich die konservativen und bürgerlichen Politiker „in fast lächerlicher Weise als trojanische Esel der Antifa entlarvt“. Dem stimmt Michael Wiesberg indirekt zu, der den „Kampf um die antifaschistische Meinungsführerschaft“ auch damit begründet sieht, dass Paul Spiegel und Michel Friedman angeblich gedroht hätten, sonst die jüdischen Gemeindemitglieder zur Auswanderung aufzufordern (33/00). Die Tragik liegt für ihn darin, dass die Unionsparteien dabei als „nützliche

Idioten“ das Spiel der „rotgrünen Gesellschaftsveränderer“ mitspielten, meint der Autor im nächsten Heft (34/00). Überdies diene das Thema Rechtsextremismus der Regierung Schröder nur als Ablenkungsmanöver, worauf die CDU-Führung hereingefallen sei, aber glücklicherweise nicht die CSU, meint JF-Autor Paul Rosen. Dieter Stein will als „Antwort auf Fremdenfeindlichkeit ... ein mitreißendes, einladendes menschenfreundliches Nationalbewusstsein ... und nicht Trauerflor und Lichterketten“ (34/00). Abschied nimmt Stein in der Folge-Ausgabe von Horst Mahler, der vor Jahren noch auf seiner „Gratwanderung zwischen links und rechts“ auch der JF als Autor willkommen war - und durch seinen NPD-Beitritt jetzt in „einer tragischen Sackgasse“ gelandet sei (35/00). Über die NPD berichtet Moritz Schwarz, dass die Partei sich eindeutig von Gewalt distanzieren, der Vorsitzende Voigt auch nicht ernsthaft an ein Verbot glaube. Klaus Motschmann prangert „massive Beeinträchtigungen politischer Grundrechte für die ‘Rechten’ an“, während die rechtliche Auseinandersetzung um ein Parteienverbot gescheut werde. Für den neurechten Publizisten Günter Maschke liegen die Motive der rechten Gewalttäter in „der Misere des Landes“, verursacht durch die „Gutmenschen“, die nicht „den Kern der Sache“, nämlich die nationale Frage und ob wir ewig eine Schuld-bekennungs- und Reparationseinheit bleiben“, zum Thema machen wollten“ (35/00). (gn)

Hinweis

Weikersheim - Vom 24. bis 29. September findet im Schloss Weikersheim die 9. Internationale Hochschulwoche des Studienzentrums Weikersheim unter dem Motto „Das 21. Jahrhundert: Europas demokratische Herausforderung nach dem Jahrhundert der Diktaturen“ statt. Im Einladungsschreiben ruft der Präsident des Studienzentrums, CDU-MdB Wolfgang Freiherr von Stetten, auf, die Hochschulwoche „aufgrund der temporären Sprachlosigkeit der CDU zu einem Forum der konservativen Kräfte auch im Hinblick auf die Bundestagswahl 2002“ zu machen.

Als Referenten nehmen neben anderen an der Hochschulwoche teil: die Präsidiumsmitglieder Lothar Bossle und Klaus Hornung, Ulrich Kolberg (kooptiertes Präsidiumsmitglied, Mitglied des „Freundeskreises“ der Deutschen Hochschulgilde Westmark zu Karlsruhe), der CDU-Rambo Heinrich Lummer, Helmuth Seliger (Referent beim rechtsextremen Cannstatter Kreis) und Michaela Koller (Autorin des „Ostpreußenblatts“).

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** - Das frischgebackene NPD-Mitglied Horst Mahler hat auf seiner Homepage einen „Appell an die Bürger des Deutschen Reiches“ veröffentlicht. Darin schwadroniert er von einem „Umwolkungsfeldzug gegen Deutschland“, der in die „Dritte Phase“ eingetreten sei: „Die Einschleusung fremder Völkerschaften wird forciert, Migrantenorganisationen lassen die Maske fallen und etablieren sich als zivile Besatzungsgewalt.“ Der ehemalige Linksterrorist begrüßt es, dass die NPD „mit zunehmendem Erfolg an der Organisierung des Widerstandes“ arbeite: „Für die Geostrategen der 'Einen Weltmacht' wird die Zeit knapp. Sie wissen, dass sie mit ihren Plänen scheitern müssen, wenn der Nationale Widerstand jetzt mit seiner Forderung nach einer Deutschen Nationalversammlung durchdringt ... und ... eine Reichsführung einsetzen wird, die das tödliche Spiel gegen Deutschland und Europa durchschaut hat und entschlossen ist, zur Rettung Europas als des Kontinents des Weißen Mannes die europäischen Nationen gegen die Herrschaft der US-Ostküste zu eilen.“

■ **Braunschweig** - Wie der CDU-Kreisvorsitzende Bernd Huck am 28. August bestätigte, planen die Braunschweiger Christdemokraten, einen Kandidaten mit NPD-Vergangenheit für die Oberbürgermeisterwahl zu nominieren. Der heute in Dessau als Rechtsanwalt tätige Gert Hoffmann gibt an, als Student zwei Jahre Mitglied der Partei gewesen zu sein und bezeichnet sein politisches Vorleben als „Jugendsünde“. Allerdings war Hoffmann nicht lediglich einfaches Parteimitglied, sondern von 1969 bis 1971 Bundesvorsitzender des Nationaldemokratischen Hochschulbundes. Die Findungskommission der örtlichen CDU sehe in Hoffmann den „besten Kandidaten“, so Huck.

■ **Halle/Sangerhausen** - Etwa 70 Neonazis marschierten am letzten Samstag im August durch Halle. Anmelder der „Initiative gegen das Parteienverbot“ war der frühere NPD-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt und Ex-Bildungsverantwortliche der Partei, Steffen Hupka. Der 38-jährige Hupka, ehemaliger Kader der verbotenen Nationalistischen Front, war im März bei der Wahl zum NPD-Vorsitzenden von Sachsen-Anhalt - nicht zuletzt auf Druck des NPD-Bundesvorstands - unterlegen. Be-

reits Ende vergangenen Jahres war Hupka vom Bundesvorstand zeitweilig abgesetzt worden. Amtierender Vorsitzender des gespaltenen Landesverbandes ist der Dachdecker Andreas Karl, Stellvertreter sind Jens Warnke und Steffen Thiel.

■ **Kassel** - Das „neu“rechte Thule-Seminar distanziert sich in der neuesten Ausgabe seiner Zeitschrift „Metapo“ vom Internetprojekt „Thule-Netz“. Dieses sei zwar ursprünglich aus dem Seminar hervorgegangen, doch habe es sich schnell zu einer Unternehmung „weltfremder und ausgesprochen kontraproduktiver Vorstellungen“ entwickelt. Das Thule-Seminar erklärt gar die „Unvereinbarkeit“ der am „Thule-Netz“ mitarbeitenden Gruppen „mit der von uns verfolgten Metapolitik“. Die Berufung auf das Thule-Seminar, das eine eigene Homepage gestartet hat, wird nunmehr zurückgewiesen. Langjährig führend beim Thule-Netz wie auch beim gleichnamigen Seminar war der frühere fränkische JN-Aktivist Thomas Hetzer.

■ **Lübeck** - Hinter dem Pseudonym „böhsester onkel“, einem Rechtsextremisten der unter anderem im NIT-Diskussionsforum von Andre Goertz zugehörig ist, verbirgt sich Thorsten Thomsen, Pressesprecher des in Norddeutschland agierenden „Bündnis Rechts“, zugleich redaktioneller Mitarbeiter von dessen Sprachrohr „Lübscher Aufklärer“. Der einstige stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Freiheitlichen im Bund Freier Bürger, der sich nunmehr offen in Neonazi-Kreisen bewegt, gab am 1. September im NIT-Diskussionsforum bekannt, dass ein Leserbrief von ihm in der „Jungen Freiheit“ (Ausgabe 36/2000) erschienen sei. Während Thomsen im NIT-Diskussionsforum die Anonymität vorzieht, ist sein Leserbrief, eine Lobhudelei auf den Antisemiten Horst Mahler, in der JF namentlich gekennzeichnet.

■ **München** - Nach Angaben des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz hat die rechtsextreme NPD im oberösterreichischen Braunau, dem Geburtsort Adolf Hitlers, bereits vor längerem ein Beitrags- und Spendenkonto „zur Vermeidung erhöhter Überweisungskosten für österreichische Mitglieder eingerichtet“. Ein Kapitaltransfer aufgrund der Diskussion um ein Parteienverbot wäre damit jederzeit möglich. Nach Informationen des Verfassungsschutzes sollen sich etwa 20 österreichische Staatsbürger unter den rund 900 bayerischen NPD-Mitgliedern befinden, die vom Kreisverband Rottal-Inn betreut würden. Zudem habe es im Sommer 1999 zahlreiche Schulungsveranstaltungen der NPD

mit dem 1970 geborenen, wegen NS-Wiederbetätigung in Österreich verurteilten Andreas Thierry aus Althofen, Kärnten gegeben. Der bayerische NPD-Sprecher Michael Praxenthaler soll nach einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ von seinen Parteiämtern suspendiert worden und ein Ausschlussverfahren gegen ihn eingeleitet worden sein. Grund dafür waren vermutlich Äußerungen Praxenthalers über NPD-Konten im Ausland, die er der Presse gegenüber gemacht hatte.

■ **Homburg/Saar** - Die ultrarechten Gruppierungen „Freundeskreis Karola Unterkircher“ (Schönenberg-Kübelberg) und der „Andreas-Hofer-Bund“ aus München wollen am 9. September ihre diesjährigen Jahreshauptversammlungen im Gasthaus „Sportzentrum“ in Homburg/Saar durchführen. Ziel des 1995 gegründeten „Freundeskreises“ (s. BNR 20/99) ist die Freilassung der Südtirol-Terroristin Karola Unterkircher, die in Italien wegen Mitgliedschaft in einer rechtsterroristischen Vereinigung inhaftiert ist. Der „Andreas-Hofer-Bund“ fordert die Schaffung eines „Landes Tirol“. Funktionär in beiden Gruppen ist Dieter Müller, Sympathisant des militant-rechten „Stahlhelm“

■ **Münster** - Der unter anderem wegen Volksverhetzung in der Justizvollzugsanstalt Münster ein-sitzende Holocaustleugner Erhard Kemper (alias „Germanicus“) publiziert auch im Knast weiter. In jüngster Zeit sind von ihm aktuelle Beiträge in rechtsextremen Blättern wie „Huttenbriefe“, „Deutschland - Schrift für neue Ordnung“ und „Recht und Wahrheit“ erschienen. Kemper, Ex-FAP-Spitzenfunktionär, wird von der braunen Knasttruppe Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene (HNG) betreut.

■ **Pinneberg** - Der 1996 gegründete „Arbeitskreis Demokratiereform“, der von Ferdinand Neitzert aus Pinneberg, Funktionär der Deutschland-Bewegung und Autor in der NS-apologetischen Zeitschrift „Recht+Wahrheit“, geleitet wird, beklagt in seiner jüngsten Pressemitteilung (Nummer 34), dass die Bürger „der Parteienallmacht“ ausgeliefert seien. Weiter wird darüber lamentiert, dass sich in der Bundesrepublik ein Meinungskartell von Öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und der „Deutschen Presse-Agentur“ (dpa) gebildet habe, „die auch eine Denkblockade ausgelöst hat“ und für eine „Meinungsglocke der political correctness“ zuständig sei. Im „Arbeitskreis Demokratiereform“, der der Deutschland-Bewegung als Mitglied angehört, sind unter anderen der Verleger Helmut Böt-

tiger, der Völkerrechtler Hans-Werner Bracht, der Rechtsanwalt Hans Georg Hess und der Militär im Ruhestand Reinhard Uhle-Wettler aktiv.

■ **Sibbesse** - Der „Nordwelt-Versand“ von Oliver Bode, Ex-Kader des „Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag von Adolf Hitler“ (KAH), im niedersächsischen Sibbesse (s. BNR 1/2000), hat im August einen aufwendig gemachten Sonderprospekt „Sommer 2000“ an seinen Kundenkreis verschickt. Schwerpunkt des Sonderprospektes ist das Thema „Wikinger“, das in Neonazi-Kreisen immer beliebter wird. Angeboten werden Wikingerschiffe, Wikinger-Zinnfiguren, Plakate mit Wikingern und Trinkhörner. Das Highlight bildet ein „Wikingerschwert“ zum Preis von 1.250 Mark.

■ **Siegburg** - Ganze sechzehn Rechtsextremisten waren am Samstag, den 2. September dem Aufruf des Siegburger Stadtrats Helmut Fleck (Bündnis für Deutschland) und eines örtlichen Gymnasiasten zur „Großdemonstration gegen Bildungsnotstand, Ausländerkriminalität und Drogen an deutschen Schulen gefolgt“, für die bei der polizeilichen Planung offenbar mit mehreren hundert bis eintausend Teilnehmern gerechnet worden war. Rund 2 000 Polizisten aus ganz Nordrhein-Westfalen wurden dem entsprechend in Siegburg zusammengezogen, ausgerüstet mit einem Dutzend Wasserwerfern. Vor allem ein über dem „Nullereignis“ ständig kreisender Hubschrauber verlieh der Veranstaltung ein martialisches Bild. Rund 500 Gegendemonstranten nahmen an einer Kundgebung des DGB und der Kirchen vor dem Siegburger Rathaus teil. Etwa 100 Protestierer, meist Punker und Autonome, bereiteten der rechten Demo, die eigentlich von Siegburg aus in die Nachbarstadt Sankt Augustin führen sollte, durch eine ebenso friedliche wie konsequente Straßenblockade vorzeitig ein Ende. Der erwartete Redner Horst Mahler ließ sich erst gar nicht sehen. Nach mehrstündigem Warten auf Durchlass im teils strömenden Regen, suchten die Rechtsextremisten per Taxi das Weite, während die Polizei einen Kessel um die jungen Blockadeteilnehmer bildete und diese allesamt zur Personalienfeststellung in einen bereit gestellten Polizeibus abführte. Sie alle müssen nun zumindest mit Bußgeld-Verfahren rechnen.

■ **Stade** - Angeblich existiert der „Stahlhelm - Kampfbund für Europa“ nicht mehr. Der eingetragene Verein, dessen Hauptquartier sich im „Franz-Seldte-Haus“, benannt nach Hitlers Reichsarbeitsminister, in Jork südwestlich von Hamburg befin-

det, veranstaltete regelmäßig „wehrsportähnliche“ Übungen und war zuletzt dadurch aufgefallen, dass er auch Kinder im Umgang mit Waffen schulte (vgl. BNR 8/99 und 24/99). Als Grund für die Auflösung gibt der Stahlhelm nach Angaben des niedersächsischen Verfassungsschutzes den öffentlichen Druck durch Presseartikel an. In Rheinland-Pfalz war der Stahlhelm 1998 durch seine Verbindung zu Anschlügen auf einen türkischen Imbiss und auf jüdische Friedhöfe aufgefallen. Voraussichtlich im Oktober sollen vor dem Amtsgericht Kusel Stahlhelm-Mitglieder wegen verbotenen Uniform-Tragens angeklagt werden.

■ **Tübingen** - In der aktuellen Ausgabe des zweimonatlich erscheinenden Blattes „Euro-Kurier“, das als Hausmitteilung des holocaustleugnenden Grabert-Verlagskomplexes aus Tübingen dient, freut sich Verlagsinhaber Wigbert Grabert über deutsche Urlaubssuchende in Österreich. Verstärkt, so Grabert, seien „viele ‘Reichsdeutsche’“ nach Österreich gefahren: „Es ist erfreulich, dass sich so viele Landsleute politisch inkorrekt verhalten haben und der Bundesregierung ... zeigten, wie undemokratisch sie wieder einmal gehandelt hat, als sie in den Chor der Sozialisten gegen die deutsche Ostmark einstimmte.“ Grabert merkt dazu an: „Nicht von ungefähr liegt die deutsche Kaiserkrone in Wien.“ Der Grabert-Verlag hat eine ganzseitige Anzeige im Programmheft des 43. Deutschen Historikertages, der im September in Aachen ausgerichtet wird, geschaltet. In einer Pressemitteilung hat sich der „Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands“ zwischenzeitlich mit „allem Nachdruck“ von der Anzeige distanziert.

Ausland

■ **Österreich (Ardagger)** - Im August ist der Jahresband 2000 von „Pen Tuisko. Zeitschrift für heidnische Volks- und Völkerkunde“ erschienen. Herausgegeben wird die Zeitschrift „Pen Tuisko“, die bei extrem rechten Neuheiden im deutsch-sprachigen Raum einen hohen Stellenwert genießt, von Michael Damböck im österreichischen Ardagger. Schweizerischer Statthalter von „Pen Tuisko“ ist Karl Wipf in Frauenfeld. Thematischer Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe sind „Die Ahnen“. Als Autor aus der Bundesrepublik tritt Holger Bremhorst aus Remscheid in Erscheinung, der über „Die Tradition und der ‘König der Welt’ in der Edda“ philosophiert. Angekündigt wird in „Pen Tuisko“ auch ein neues Buch des österreichischen Rechtsextremisten Ralf Ettl, der vor Jahren die

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
 PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
 Heft 18-2000 / Abo 5292719000
 Antifaschistisches Pressearchiv
 und Bildungszentrum Berlin e. V.
 Falkensteinstr. 46
 10997 Berlin

rechts-esoterisch-okkulte „Tempelhofgesellschaft“ in Wien führte.

■ **USA (Lincoln, Nebraska)** - Die NSDAP/AO von Gary Rex Lauck macht mit einer wesentlich verbesserten Homepage das Internet unsicher. Mittlerweile kann die übliche Nazi-Propaganda in insgesamt 13 Sprachen, neuerdings sogar auf Japanisch, weltweit abgerufen werden. Besonders an deutsche Interessenten richten sich der umfangreiche Katalog mit rechtsextremen Devotionalien und Büchern sowie Vordrucke für Plakate („Trotz Verbot nicht tot“). Außerdem informiert eine ständig aktualisierte Seite „Letzte Meldungen“ auf Deutsch über rechte Umtriebe im „Vaterland“.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
 Heiner Lichtenstein (Köln)

Satz und Gestaltung:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
 Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
 -verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
 Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto